

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er wies auf folgende Besonderheiten hin:

Gemäß der Vereinbarung der Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen vom 19. Februar diesen Jahres tritt der Haupt- und Digitalisierungsausschuss an diesem Tage mit einer reduzierten Soll-Stärke zusammen.

(CDU: 4, SPD: 3, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: 2, FDP: 1, Aufbruch!: 1, BM: 1)

Zu TOP 5, Ds.-Nr.: 21/0104, -Gigabitmasterplan Stadt Sankt Augustin- ist Herr Thomas Erdmann vom TÜV Rheinland geladen, um die Gigabitstudie mittels einer Präsentation den Mitgliedern des Ausschusses näherzubringen.

Tischvorlage:

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag betreffend Serviceterminal der Postbank in der Postagentur Südstraße an das Bürgermeister- und Ratsbüro gerichtet, Ds-Nr 21/0120. Der Hauptausschuss muss nun feststellen, ob bei diesem Antrag Dringlichkeit gegeben ist und, falls ja, anschließend die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung beschließen.

Herr Knülle wies bezüglich des Antrags der CDU-Fraktion darauf hin, dass es bei einer solchen Angelegenheit nicht notwendig sei, einen Antrag zu stellen. Es wäre völlig ausreichend gewesen, hier eine Mail an den Bürgermeister zu schreiben mit der Bitte darum, in dieser Sache tätig zu werden. Daher werde die Aufnahme in die Tagesordnung grundsätzlich abgelehnt.

Herr Lienesch erwiderte, dass zu diesem Antrag unter TOP 1 über die Dringlichkeit des Antrags diskutiert werde, ausdrücklich nicht darüber, wozu und wie Anträge grundsätzlich zu stellen seien. Die CDU sei nicht bereit dazu, sich darüber belehren zu lassen, zu welchen Themen sie Anträge stellen zu stellen hat und wozu nicht.

Herr Metz bemerkte, dass der Antrag der CDU Dringlichkeit erkennen lassen könne.

Der Bürgermeister ließ sodann darüber abstimmen, ob der schriftlich vorliegende Antrag der CDU-Fraktion betreffend ‚Serviceterminal der Postbank in der Postagentur Südstraße‘ auf die Tagesordnung genommen werden solle.

Mehrheitlich ja (8 Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Aufbruch!; 2 Nein-Stimmen von SPD; 1 Enthaltung von SPD)

Der Antrag wird somit als TOP 6.1.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Protokollnotiz: Der Bürgermeister hat bei dem Beschluss über die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung kein Stimmrecht.